

An den Oberbürgermeister  
Herr Dieter Reiter  
80331 München

München, 19. Februar 2026

**Anfrage zur dringlichen Behandlung für den Sozialausschuss am 26.2.26 zum „Konzept für Jugendpartys im öffentlichen Raum entwickeln und erproben“ – Kriterien für Flächenablehnungen offenlegen!**

In der Sitzungsvorlage Nr.20-26 / V 17975 ist aufgeführt, dass insgesamt 120 Flächen auf ihre Tauglichkeit zur Umsetzung des Konzeptes überprüft wurden. Lediglich 3 Flächen wurden als geeignet ausgefiltert und auch diese nur mit bestimmten Einschränkungen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis zum Sozialausschuss am 26.2. folgende Frage zu beantworten:

Welche Flächen wurden für diese Beschlussvorlage überprüft (vollständige Übersicht bitte)? Welche Einzelbegründungen von welchen beteiligten städtischen Stellen führten jeweils zu einer Ablehnung?

**Begründung**

Der obenstehende Antrag geht auf diverse Stadtratsinitiativen aus dem Jahr 2020 zurück. Vorbild für diese waren insbesondere ähnliche Modelle aus Zürich, Leipzig und anderen Städten. Dort wo es diese niederschweligen Angebote für nichtkommerzielle Partys von Kollektiven und Jugendgruppen gibt, sind sie ein Erfolgsmodell, haben dazu beigetragen, die Zahl illegaler Partys zu reduzieren und erweitern das kulturelle Angebot für junge Menschen, insbesondere für Gruppen, die aus sozialen oder (inter-)kulturellen Gründen eher wenig oder gar keinen Zugang zu niederschweligen und günstigen Feierangeboten haben. Dass der Prozess der Etablierung solcher Modelle nun schon 6 Jahre dauert und erst bis 2029 vollständig umgesetzt werden soll, ist ein Schlag ins Gesicht junger Menschen. In Zürich wurden zur Umsetzung dieses Partymodells auch die bürokratischen Schritte auf ein Minimum reduziert. In München soll man Anträge mit mehrwöchiger Bearbeitung stellen. So wird eine eigentlich gute Idee nach und nach aufgeweicht und am Ende sind junge Menschen von „der Politik“ wieder enttäuscht. Die Zurverfügungstellung der geprüften Flächen zumindest für Stadträt\*innen ermöglicht eine zweite Draufsicht. Einzelne Orte könnten mit konkreten Vorschlägen zur Heilung der vermuteten Probleme nochmal auf den Prüfstand gebracht werden. Es kann nicht sein, dass z.B. der Naturschutz oder das Gartenbauamt wegen einer einmaligen Party auf öffentlichem Grund das Aussterben der „Gelbbauchunke“ befürchtet. Außerdem dient die Beantwortung der Fragen der Transparenz von Strukturen und Entscheidungsprozessen auf dem Weg zu mehr Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

**Thomas Lechner, Stadtrat**